

Sozialstandards in der Textilindustrie

Ein Update

Seit dem Einsturz der Fabrik Rana Plaza in Sabhar bei Dhaka, Bangladesch im Jahr 2013 mit 1135 Toten versucht Bundesentwicklungsminister Gerd Müller die in Deutschland tätige Textilwirtschaft zum Abstellen sozialer und ökologischer Probleme entlang der komplexen globalen Wertschöpfungsketten der Textilindustrie zu bewegen. Unterstützung und Expertise wird der Politik bei diesem Projekt von Nichtregierungsorganisationen, Verbänden, Gewerkschaften und Standardorganisationen zuteil.

Wer sind diese Organisationen und welche Hintergründe haben sie?

Seit den mittleren 1940er Jahren ist die Dritte-(Eine-)Welt-Bewegung aktiv. Ihr Fokus ist der Handel mit meist agrarischen Produkten wie z.B. Baumwolle. Ziele des fairen Handels sind die Verbesserung des Auskommens und das Wohlergehen der Produzenten. Dies wird durch einen einfacheren Marktzugang, Zahlung höherer Preise und durch den Aufbau kontinuierlicher Handelsbeziehungen erreicht. Bevorzugt werden Partnerschaften mit Kooperativen von Kleinbauern, insbesondere Frauen und Ureinwohnern eingegangen. Kinder sollen vor Ausbeutung in Produktionsprozessen geschützt werden. Die Menschenrechte werden durch die Förderung sozialer Gerechtigkeit, umweltfreundlicher Praktiken und wirtschaftlicher Sicherheit gefördert. Mittels eines Labels werden die fair hergestellten Produkte sichtbar gemacht. Die Siegelorganisationen im deutschsprachigen Raum sind Transfair

(Deutschland), Fairtrade Österreich sowie Max Havelaar in der Schweiz.

Fairtrade baut seit 2016 einen eigenen Textilstandard entlang der Lieferkette auf. Zwar fühlt die Organisation sich besonders Kleinbauern verpflichtet, jedoch wurden großtechnisch hergestellte Regeneratfasern zu „verantwortungsvoll produzierten“ Fasern deklariert, obwohl deren Rohstoffgewinnung und Produktionsprozesse zum Teil als problematisch angesehen werden.

Eine Anti-Sweatshop-Bewegung gibt es schon seit dem 19. Jahrhundert. In ihrer modernen Ausprägung ist sie seit den frühen 1990er Jahren aktiv. Das Ziel sind weltweit gültige soziale Standards für sozialverträglich produzierte Konsumgüter wie z.B. Kleidung. Zentrales Anliegen ist die Zahlung eines existenzsichernden Lohnes (living wages). Hierbei handelt es sich um einen Lohn, der nicht nur das physische Überleben ermöglicht, sondern auch die Sicherung der Existenz unter sozialer und kultureller Teilhabe. Heute ist die Bewegung zu einem

Netzwerk von über 300 Mitgliedern, wie Gewerkschaften, kirchliche Gruppen (bsp. Christliche Initiative Romero), Eine-Welt-Läden, Frauenrechtsorganisationen (z.B. FEMNET), wissenschaftlichen Instituten (z.B. Südwind) u.a. angewachsen.

Erreicht werden soll das Ziel durch Kampagnenarbeit, ein Labellsystem ist nicht vorgesehen. Hier sei exemplarisch das stete Anprangern von Missstände in der asiatischen Textilindustrie – aktuell geschlechtsspezifische Gewalt am Arbeitsplatz - von FEMNET zu nennen, sowie deren Bildungsprogramme für Universitäten und Fachhochschulen im Bereich Mode.

Weitere Organisationen mit ähnlicher Ausrichtung sind die Ethical Trading Initiative in Großbritannien, die ebenfalls auf „living wages“ setzt. Mitglieder sind beispielweise Sainsbury's und The Bodyshop. In den USA aktiv ist die Fair Labor Association. Sie gibt sich jedoch mit national festgelegten Mindestlöhnen zufrieden. Deshalb wohl sind bei ihr international agierende Firmen



wie Nike, Adidas, Puma oder Patagonia organisiert.

Produzenten der Konsumgüterindustrie haben Anfang des Jahrtausends erkannt, dass öffentlich geführte Diskussionen über inakzeptable Arbeitsbedingungen imageschädigend sind. Sie setzen auf die Entwicklung und Selbstkontrolle eigener sozialer Standards (Code of Conduct), die manchmal mit Unterstützung von Gewerkschaften oder Universitäten – bisher aber nie mit Vertretungen aus Produktionsländern – erarbeitet werden. Weit verbreitet ist der SA8000 der Business Social Compliance Initiative (BSCI). Dieser beinhaltet Punkte wie eine gute Managementpraxis, Dokumentation, Gesundheits- und Sozialeinrichtungen, Arbeitssicherheit, Aspekte des Umweltschutzes etc.

Von Seiten der Industrie wird immer wieder darauf hingewiesen, dass die Verbesserung der sozialen Standards in einem Land nur von deren Regierung ausgehen kann. Bei diesen sei dann auch die Verantwortung für die Produktionsbedingungen zu finden.

Seit den frühen 1970er hat sich die Umweltbewegung zum Ziel gesetzt, Gifte aus den Produktionsprozessen für Nahrungsmittel und Bedarfsgegenständen zu verbannen. Seitdem ist es gelungen, in immer größerem Umfang Biolebensmittel, Biofasern und Naturtextilien auf den Markt zu bringen.

Die EU-Öko-Verordnung definiert und schützt solchermaßen hergestellte Produkte, die anhand des EU-Bio-Siegels erkennbar sind. Nach strengeren Richtlinien arbeitende Anbauverbänden dürfen ihre Siegel zusätzlich beifügen.

Jedoch wurde erkannt, dass es für Textilien nicht ausreicht, nur die Rohstoffe für Naturtextilien zu zertifizieren, auch sollten toxische Substanzen aus dem gesamten Produktionsweg herausgehalten werden. Einwickelt wurde ein Standard vom Arbeitskreis Naturtextil (AKN) in den 1990er Jahren. Heute ist die Nachfolgeorganisation, der Internationaler Verband der Naturtextilwirtschaft (IVN), weltweit führend mit dem Siegel „Naturtextil IVN zertifiziert“

best“ sowie als Partner mit dem „Global Organic Textile Standard“ (GOTS). In den Kriterien für die Siegel sind auch Sozialstandards eingebaut, die sich an den Kernnormen der International Labour Organisation (ILO) orientieren: Es gibt keine Zwangs-, Sklaven- oder Kinderarbeit, Vereinigungsfreiheit und Recht auf Tarifverhandlungen werden respektiert, die Arbeitsbedingungen sind sicher und hygienisch, es werden existenzsichernde Löhne gezahlt, es gibt keine überlangen Arbeitszeiten, es erfolgt keine Diskriminierung, den Arbeitern wird eine reguläre Anstellung angeboten und grobe oder inhumane Behandlung ist nicht erlaubt.

Quer zu diesem Ansatz liegt Greenpeace mit seiner Detox-Kampagne. Mit ihr werden global agierende, konventionell arbeitende Firmen verpflichtet, unter Aufsicht der Öffentlichkeit – geleitet von Greenpeace – auf toxische Ausrüstungschemikalien bis 2020 zu verzichten. Jedoch steht die Verbesserung sozialer Standards nicht im Fokus der

Kampagne. Neu ist der Ansatz aus der Politik, der im einleitenden Absatz beschrieben wurde, und der als „Bündnis für nachhaltige Textilien“ (Textilbündnis) an die Öffentlichkeit getreten ist.

Mitte 2018 mussten die Mitglieder des Bündnisses in einer „Roadmap“ offenlegen, wo sie sich momentan in Bezug auf Nachhaltigkeit einordnen und wo sie sich in nächster Zukunft positionieren möchten. Einige Mitglieder wollen zukünftig mehr Biobaumwolle in ihren Produkten verarbeiten sowie mehr für den Umweltschutz tun. Das dürfte relativ einfach zu erreichen sein. Aber existenzsichernde Löhne zahlen zu wollen wird als Ziel eher selten benannt.

Langfristig sollte das Bündnis auf europäischer Ebene gehoben werden, damit das Schielen auf Wettbewerbsvorteilen der europäischen Mitbewerber ein Ende hat. Dann könnten vielleicht auch die kleineren Bündnisteilnehmer ihre Lieferketten offenlegen, wie es die ganz Großen vormachen.

Norbert Henzel